

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 16.01.2025

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Suchla

Bezirksbürgermeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Ackehurst

Frau Brockerhoff

Frau Hennke

Frau Dr. Lentz

Frau Waimann

1. stellv. Bezirksbürgermeisterin
Fraktionsvorsitzende

SPD

Herr Bevan

Frau Richter

Frau Rosenbohm

Fraktionsvorsitzende

CDU

Frau Heckeroth

Herr Henningsen

Herr Langeworth

Frau Meyer

Fraktionsvorsitzende

2. stellv. Bezirksbürgermeister

Die Linke

Frau Krüger

Herr Ridder-Wilkens

Fraktionsvorsitzender

Die PARTEI

Herr Schwarz

AfD

Herr Kneller

Verwaltung

Herr Lewald

Frau Düz

Herr Kunert

Amt für Verkehr

Amt für Schule

Amt für Schule

Schriftführung

Herr Gabriel

Nicht anwesend:

Herr Franz (FDP)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Suchla begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur 45. Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Mitte beschlussfähig ist.

Ferner führt er aus, dass unter den Tagesordnungspunkten 3.3, 3.4, 4.1, 4.3, 4.6, 6.1 und 8 neue Dokumente zur Kenntnisnahme in das Gremieninformationssystem eingepflegt seien. Die unter Tagesordnungspunkt 3.4 eingegangene Mitteilung zum Handwerkerbildungszentrum werde er beim entsprechenden Tagesordnungspunkt verlesen.

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Aus der Elternpflegschaft des Gymnasiums am Waldhof wird gefragt, welche Perspektive es für das Gymnasium gebe und wie die Chancen seien, dass das Haus des Handwerks von der Denkmalliste entfernt werden könnte, um den Standort des Gymnasiums mit seiner Vierzügigkeit zu sichern.

Herr Suchla verweist darauf, dass dem Gremium nicht mehr Informationen zur Verfügung stehen, als die aus der Zeitung bekannten. Trotzdem hofft er, dass die Verwaltung eine zufriedenstellende Antwort auf die derzeitige Situation finden werde, um die Vierzügigkeit der Schule sicher zu stellen.

Auf Nachfrage, warum das Haus des Handwerks noch nicht von der Stadt gekauft sei und warum es der Bezirksregierung möglich sei, den Beschluss der Bezirksvertretung Mitte zu kippen, antwortet Herr Suchla, dass die Bezirksregierung das gesetzliche Recht habe die Entscheidung der Bezirksvertretung zu ändern. Was den Kauf angehe, teilt er mit, dass sich die Geschäftsgrundlage für einen Abschluss des Kaufvertrages laut Stadt nicht mehr biete und deshalb kein Kauf stattgefunden habe.

Im Anschluss fragt Herr Weritz, stellvertretender Schulleiter, ob die Bezirksvertretung Mitte bereit sei, das Gymnasium weiterhin zu unterstützen. Herr Suchla antwortet, dass das Gymnasium als ein zentraler Teil Bielefelds anzusehen sei und solange die Bezirksvertretung die Möglichkeit habe es, zu unterstützen werde sie dies auch tun.

Zu Punkt 1.1

Beantwortung der Einwohnerfrage zur Verkehrssicherheit Melanchtonstraße (vom 28.11.2024)

Herr Suchla verweist auf die im Ratsinformationssystem bereitgestellte Antwort der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 2 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 2.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 42. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 31.10.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 42. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 31.10.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sondersitzung (43. Sitzung) der Bezirksvertretung Mitte mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss am 14.11.2024

Herr Henningsen bittet darum, dass sein Vorschlag zur Situation des Handwerkerbildungszentrums in die Niederschrift aufgenommen wird. Die Bezirksvertretung stimmt seiner Anmerkung zu.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sondersitzung der Bezirksvertretung Mitte mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss am 14.11.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 44. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 28.11.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 44. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 28.11.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Kammerratsheide zwischen Schuckenbaumer Straße und Karolinenstraße

Herr Suchla verweist auf die im Gremieninformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Skulptur Fallende Steine

Herr Suchla teilt mit, dass die CDU-Fraktion darum bitte, die vorläufigen Nacharbeiten abzuwarten, bevor ein Steinmetz beauftragt werde. Des Weiteren bedankt sich die Bezirksvertretung für die bisher geleisteten Mühen und bittet darum, dass sich in Zukunft eine Beauftragte oder ein Beauftragter um solche Angelegenheiten intensiv kümmern solle.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Sachstand Sporthalle Heeper Fichten

Im Namen der Bezirksvertretung Mitte bedankt sich Herr Bezirksbürgermeister Suchla bei der Verwaltung, dass im Zuge der Reparaturarbeiten Ausgleichsräume für die Vereine gesucht und gefunden worden seien, um den Vereinssport weiter zu gewähren.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Aktueller Stand zum Haus des Handwerks

Herr Suchla verliest die eingegangene Mitteilung zum aktuellen Sachstand. Die Mitteilung ist im Gremieninformationssystem veröffentlicht.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Behinderung des Busverkehrs am Kesselbrink (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9150/2020-2025

Frau Dr. Lentz teilt mit, dass für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Antwort der Verwaltung nicht befriedigend sei.

Herr Kneller schlägt vor, die Straße für den Autoverkehr zu öffnen und so das Problem zu beheben. Eine Behinderung für den Busverkehr könne er nicht erkennen.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Baumpflanzungen an der Oldentruper Straße (Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 21.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9151/2020-2025

Herr Lewald verweist auf die Antwort der Verwaltung aus September 2024. Er schlägt vor, dass für eine schnelle Umsetzung des Wunsches geprüft werden könne, ob nicht mobiles Grün anstatt der Bepflanzung in Frage komme. Für die Prüfung und einer möglichen Umsetzung müsse die Bezirksvertretung der Verwaltung mittels Beschluss einen Auftrag erteilen.

Auf die Nachfrage von Herrn Langeworth erwidert Herr Lewald, dass die Verwaltung gerne bei den aufkommenden Planungen und Umbauarbeiten im Verkehrsraum der Oldentruper Straße prüfen könne, ob auch Bepflanzungen anstatt der Kübel umsetzbar seien.

Auf die wiederholte Nachfrage von Frau Hennke erwidert Herr Lewald, dass selbst bei bereits vorliegendem Antrag eine planerische Umsetzung zur nächsten Sitzung nicht möglich sei.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Milieuschutzsatzung Ostmannturmviertel (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.12.2024)

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Denkmalschutz von Gebäuden im Bezirk Mitte (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 08.01.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9366/2020-2025

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Markierung des Fahrradstreifens Stapenhorststraße (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 08.01.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9367/2020-2025

Herr Lewald teilt mit, dass es eine durchgehende Markierung des Fahrradweges in dem Bereich wahrscheinlich nicht mehr geben werde.

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 4.6 Mobile Geschwindigkeitsbemessung vor der Gutenbergschule
(Anfrage der Fraktion Die Linke vom 08.01.2025)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9368/2020-2025

Herr Ridder-Wilkens teilt mit, dass die Geschwindigkeitsmessung dazu geführt habe, dass die Geschwindigkeiten der Fahrzeuge sich reduziert hätten. Er würde eine nochmalige Messung, dann aber länger als eine Woche, befürworten. Ferner sehe er die Verwaltung in der Pflicht ein umfassendes Sicherheitskonzept für schulische Umgebung zu gestalten.

Ergänzend fügt Frau Krüger hinzu, dass die Fraktion Die Linke hoffe, dass es in Zukunft eine umfassende Wegeplanung für Schulkinder gebe.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

**Zu Punkt 5.1 Bordsteinabsenkung Kreuzung Siegfriedstraße / Meinderstraße
(Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.12.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9318/2020-2025

Frau Dr. Lentz begründet den vorliegenden Antrag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt kurzfristig Abhilfe zu schaffen, indem an der Kreuzung Siegfriedstraße / Meindestraße durch eine Absenkung der Bordsteine die Querung der Straße für Personen mit Rollstühlen, Rollatoren oder anderenr Gehbehinderung erleichtert wird.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5.2 Errichtung einer Anwohnerparkzone - Roonstraße (Antrag der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.01.2025)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9330/2020-2025

Auf Nachfrage des Bezirksbürgermeisters teilt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass der Antrag bis nach dem bevorstehenden Arbeitstermin zur Parkraumbewirtschaftung zurückgestellt werden könne.

Der Antrag wird vertragt.

-.-.-

Zu Punkt 6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Zu Punkt 6.1 Aufstellung des eingelagerten Basketballkorbes am Kesselbrink (Eingabe vom 15.12.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9321/2020-2025

Herr Schwarz verweist auf bereits in der Vergangenheit gefasste Beschlüsse hinsichtlich einer Tischtennisplatte und eines anderen Basketballkorbes und merkt an, dass sich der Immobilienservicebetrieb (ISB) scheinbar nicht an diese Beschlüsse halte, da der entsprechende Korb entfernt worden sei bevor die Bezirksvertretung Mitte endgültig entschieden habe. Deshalb würde er gerne wissen, wie der ISB seine Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Verwaltung gestalte.

Ihm antwortend führen Frau Heckeroth und Frau Rosenbohm aus, dass die betreffenden Beispiele von Herrn Schwarz durchaus gemäß den Beschlüssen der Bezirksvertretung Mitte ausgeführt worden seien.

Die Bezirksvertretung Mitte einigt sich darauf, den Antrag bis zur endgültigen Antwort der Verwaltung zurückzustellen.

Der Antrag wird vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 7 Bezirkliche Sondermittel

Es liegen keine Anträge auf Sondermittel vor.

-.-.-

Zu Punkt 8 Machbarkeitsstudie Radverbindung zwischen Innenstadt und Campus, 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8445/2020-2025

Herr Langeworth weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung bereits angemerkt worden sei, dass die Vorlage überarbeitet werden müsse. Vor allem die Punkte 3,4 und 5 sollten neu formuliert werden, da es Unklarheiten von Seiten der Bezirksvertretung zum Inhalt gebe. Ferner sei auch seitens der Verwaltung auf die Frage nach wegfallenden Stellplätzen nicht eingegangen worden. Bis diese Fragen nicht geklärt seien schlage er vor, die Vorlage noch einmal zu vertagen.

Positiv anzumerken sei, dass die Verwaltung auf Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger eingegangen sei und versucht habe, diese bezüglich der zu planenden Route einzubinden und nach deren Vorschlägen zu gestalten.

Die Verwaltung müsse zusichern, dass ausreichend Ersatzparkplätze mitgeplant werden. Sollte kein bindendes Versprechen der Verwaltung erfolgen, werde die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen. Herr Langeworth stellt daraufhin folgenden Ergänzungsantrag zum Punkt 2 der Vorlage:

Stellplätze im öffentlichen Straßenraum, die im Zuge der Umsetzung entfallen, werden zeitgleich an anderer Stelle im Quartier ersetzt. Zum Beispiel im unter d) genannten Quartiersparkhaus.

In seiner anschließenden Begründung führt er aus, dass ohne eine solche Festlegung, eine Unterstützung durch die CDU-Fraktion nicht in Frage komme.

Im Anschluss stellt Herr Ridder-Wilkens die Frage, ob die Verwaltung die Planung für das Quartiersparkhaus an Externe abgebe oder selber plane.

Antwortend führt Herr Lewald aus, dass ohne Beschluss des Gremiums die Planung zurzeit nicht erfolge und somit die gestellten Detailfragen auch nicht beantwortet werden könnten. Nach erfolgtem Planungsauftrag könne sich die Verwaltung mit der detaillierten Planung auseinandersetzen und Fragen zu Routenführung, Quartiersparkhäusern und weitere Fragen klären.

Frau Rosenbohm stellt im Anschluss folgenden Ergänzungsantrag:

In der Rolandstraße dürfen keine Parkplätze wegfallen bis nicht die Variante Meindersstraße endgültig geprüft ist und es valide Ergebnisse oder Aussagen zu Quartiersparkhäusern gibt.

Des Weiteren bringt Frau Dr. Lentz auch einen Ergänzungsantrag ein:

Die Führung der Melanchthonstraße zur Kurt-Schumacher-Straße wird in zwei Varianten ohne vorherige Priorisierung untersucht:

Über die Melanchthonstraße und Stapenhorststraße

Die Führung entlang der Schüco-Arena und durch den Grünzug.

Dazu werden für die jeweilige Variante geprüft:

*- Einschränkungen und Beeinträchtigungen für die Schüler*innen der drei Schulen (Schulweg, Pausen) sowie anderer Fußgängerinnen und Fußgänger*

- Kosten für die Erstellung der Verkehrsführung sowie Erhaltung und Pflege (Laub, Schnee, Glatteis).

Anschließend merkt Frau Hennke an, dass der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion umformuliert werden solle. Man könne nicht alle Eventualitäten einplanen und im Vorhinein einschätzen, an welchen Stellen sich die Parkplatzsituation ändern werde. Deshalb wäre es von Vorteil, wenn der Antrag die Formulierung enthalte „...dass so wenig wie möglich Parkplätze wegfallen...“. Einer anderen Formulierung könne man nicht zustimmen. In der weiteren Diskussion führt Frau Krüger aus, dass man der Vorlage so nicht folgen könne, da die Markierungen der derzeitigen Parkplätze die Fußgänger zu sehr einschränken.

Ferner teilt Herr Lewald nochmals mit, dass genaue Zu- und Aussagen zu Stellplatzfragen zum jetzigen Zeitpunkt von der Verwaltung nicht gemacht werden könnten. Zusätzlich verweist er darauf, dass es bereits Vorlagen

zur generellen Parkraumbewirtschaftung und zu Quartiersgaragen gäbe und dass im Rahmen dieser Vorlagen weitere Details zu Stellplätzen geklärt würden.

Die Aussage von Herrn Lewald nimmt Herr Langeworth zum Anlass, um darauf hinzuweisen, dass bereits im Rahmen des Projektes Fahrradstraße Ehlenruper Weg Versprechen zum Ausgleich von wegfallenden Stellplätzen gemacht worden seien und diese nicht eingehalten wurden. Bis heute sei kein einziger Ersatzstellplatz zur Verfügung gestellt worden. Die CDU-Fraktion sei deshalb nicht mehr bereit, ohne eine verbindliche Zusage seitens der Verwaltung, weitere Beschlüsse zu fassen, bei denen nicht eindeutig die Frage der Ersatzstellplätze im Vorfeld geklärt sei.

Anschließend führt Frau Waimann aus, dass sich die Ratskoalition der Verkehrswende verschrieben habe. Deshalb müsse der Autoverkehr zu Gunsten eines infrastrukturellen Ausbaus für Fuß- und Radfahrer weichen. Ihrer Meinung nach sei es nicht einsehbar, warum jeder wegfallende Parkplatz kompensiert werden müsse. Dies würde den Zielen der Ratskoalition widersprechen.

Ihr entgegnet Herr Kneller, dass sie beachten solle, dass die Infrastruktur durch Steuergelder finanziert werde und der Steuerzahler habe auch Bedarfe für den Autoverkehr und diesem Wunsch solle seitens der Verwaltung entsprochen werden.

In der weiteren Diskussion stellt die SPD-Fraktion den Antrag, den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion umzuformulieren. Es werde vorgeschlagen, dass es heiße:

Möglichst viele Parkplätze sollen ersetzt werden.

Dem widerspricht Herr Henningsen.

Herr Suchla lässt über die bisher gestellten Anträge abstimmen:

Der Antrag der CDU-Fraktion auf eine weitere Lesung wird bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

-. -

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Beschluss:

Die Führung der Melanchtonstraße zur Kurt-Schumacher-Straße wird in zwei Varianten ohne vorherige Priorisierung untersucht:

Über die Melanchtonstraße und Stapenhorststraße

Die Führung entlang der Schüco-Arena und durch den Grünzug.

Dazu werden für die jeweilige Variante geprüft:

- Einschränkungen und Beeinträchtigungen für die Schüler*innen der drei Schulen (Schulweg, Pausen) sowie anderer Fußgänger*innen
- Kosten für die Erstellung der Verkehrsführung sowie Erhaltung und Pflege (Laub, Schnee, Glatteis).

- mehrheitlich beschlossen -

-. -

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion:

Beschluss:

In der Rolandstraße dürfen keine Parkplätze wegfallen bis nicht die Variante Meindersstraße endgültig geprüft ist und es valide Ergebnisse oder Aussagen zu Quartiersparkhäusern gibt.

- bei einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion:

Stellplätze im öffentlichen Straßenraum, die im Zuge der Umsetzung entfallen, werden zeitgleich an anderer Stelle im Quartier ersetzt. Zum Beispiel im unter d) genanntem Quartiersparkhaus.

- mehrheitlich abgelehnt -

-.-.-

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum CDU Ergänzungsantrag:

Beschluss:

Möglichst viele Stellplätze im öffentlichen Straßenraum, die im Zuge der Umsetzung entfallen, werden zeitgleich an anderer Stelle im Quartier ersetzt, zum Beispiel im unter d) genanntem Quartiersparkhaus.

- bei einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Unter Berücksichtigung der vorangegangenen Beschlüsse fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

1. Die Umsetzungen

- a) der Variante grün in Abschnitt 1 über (Elsa-Brandström-Straße) – Arndtstraße – Meindersstraße – (Wittekindstraße – Rolandstraße) – Melanchthonstraße und**
- b) der Variante orange in Abschnitt 2 und 3 über (Stapenhorststraße) und Kurt-Schumacher-Straße**

werden entsprechend der definierten Qualitätsstandards weiterverfolgt. Die Maßnahmenvorschläge werden konkretisiert, zur Umsetzung vorbereitet und im Rahmen des Umsetzungskonzeptes zum Radverkehrskonzept abgearbeitet.

2. Dabei werden folgende Planungsprämissen festgelegt:

- a) Die Kurt-Schumacher-Straße bleibt für den Kfz-Verkehr in beide Richtungen befahrbar.
- b) Die Führung der Melanchthonstraße zur Kurt-Schumacher-Straße wird in zwei Varianten ohne vorherige Priorisierung untersucht:
Über die Melanchthonstraße und Stapenhorststraße
Die Führung entlang der Schüco-Arena und durch den Grünzug.
Dazu werden für die jeweilige Variante geprüft:
- Einschränkungen und Beeinträchtigungen für die Schüler*innen der drei Schulen (Schulweg, Pausen) sowie anderer Fußgänger*innen
- Kosten für die Erstellung der Verkehrsführung sowie Erhaltung und Pflege (Laub, Schnee, Glatteis)
- c) Die Führung über das Libori-Gelände wird weiterverfolgt.
- d) Die Projektierung eines Quartierparkhauses auf dem Armينيا-Gelände wird berücksichtigt und die zu erstellende Planung intensiv mit den entsprechenden Stellen, insbesondere dem Bauamt, dem Amt für Schule und dem DSC Armينيا Bielefeld e.V. abgestimmt.
- e) In der Rolandstraße dürfen keine Parkplätze wegfallen bis nicht die Variante Meindersstraße endgültig geprüft ist und es valide Ergebnisse oder Aussagen zu Quartiersparkhäusern gibt.
- f) Möglichst viele Stellplätze im öffentlichen Straßenraum, die im Zuge der Umsetzung entfallen, werden zeitgleich an anderer Stelle im Quartier ersetzt, zum Beispiel im unter d) genannten Quartiersparkhaus.

3. Das Haupttroutennetz des Radverkehrskonzeptes wird für den Korridor zwischen Innenstadt und Universität bzw. Hochschule entsprechend der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie aktualisiert: Die Vorzugsvariante (grün und orange) wird als Haupttroute Kategorie I, die Wertherstraße (Variante blau) wird als Haupttroute Kategorie II zusätzlich aufgenommen.

4. Die Erhöhung der Qualität auf den weiteren Haupttrouten für den Radverkehr im Entwicklungskorridor 2 (blau, rot, weitere Teilabschnitte orange und grün) werden, wie im Umsetzungskonzept vorgesehen, weiterverfolgt.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendigen Maßnahmen in das Umsetzungskonzept des Radverkehrskonzeptes zu integrieren.

- bei einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

4. Änderungssatzung zur Sondernutzungssatzung der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011 - Herabsetzung der Sondernutzungsgebühren für Veranstaltungen in der Zone 4 auf 25 % des Ansatzes befristet vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9235/2020-2025

Auf Nachfrage von Herrn Schwarz antwortet Herr Lewald, dass Stadtfeste nicht nur auf eine Parkzone begrenzt seien. Deshalb sollen in solchen Fällen die Parkgebühren einheitlich in den betroffenen Zonen erhoben werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat, die als Anlage 1 beigefügte 4. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011, zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Anpassung Busnetz Brackwede

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8859/2020-2025/1

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss die Umsetzung des überarbeiteten, unten dargestellten Buskonzeptes im Anschluss an die Baumaßnahme „Hauptstraße“ zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Konversion in Bielefeld – Zwischennutzung der ehem. Rochdale Kaserne in 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9178/2020-2025

Herr Schwarz fragt nach, ob die Nutzungszeiten an Wochenenden erweitert werden können.

In der Vergangenheit habe man an Wochenenden die Öffnungszeiten erweitert.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 12 Stadtteilzentren als lernende Räume – Stärkungskonzept mit drei Vertiefungsräumen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9230/2020-2025

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 13 Prozessinformation "Wissenstransfer zwischen den Bielefelder Zentren"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9231/2020-2025

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 14 Lutter-Offenlegung Bauabschnitt (BA) III – Ausschreibung und Finanzierung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9270/2020-2025

Auf die Fragen von Frau Heckeroth und Frau Rosenbohm erklärt Frau Hennen vom Umweltamt, dass die Verwaltung die Planungen haushälterisch abgesichert habe und die Verwaltung davon ausgehe, dass die angestrebten Fördermittel auch bewilligt würden. Zudem seien die in der Vorlage erwähnten 200.000.- € für die Planungsleistungen eine Vorleistung des Umweltamtes, um Ausschreibungsleistungen zu sichern. Die Verwaltung werde im Laufe des Projektes versuchen auch diese Mittel über Förderleistungen abzudecken.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlegung der Lutter im Bauabschnitt (BA) III von der Teutoburger Straße bis zum Stauteich 1 auf Grundlage des Planungstandes des Vorentwurfs (s Dr.-Nr. 5259/2020-2025) weiter zu verfolgen. Für die Umsetzung sind Mittel aus dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zu beantragen (Zuwendungsantrag).

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bereits vor Erteilung des Zuwendungsbescheides durch das BBSR die LPH 2 bis 8 EU-weit auszuschreiben sowie förderunschädliche Leistungen zu beauftragen (förderunschädlicher Maßnahmenbeginn).
3. Die Stadt Bielefeld beteiligt sich mit Investitionskosten in Höhe von rd. 1.201 TEUR an den Gesamtkosten in Höhe von 6.549 TEUR. Hierfür stehen Mittel im Haushaltsplan des Umweltamtes zur Verfügung.
4. Sollte es zu keiner Förderung aus dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ kommen, sind die bis dahin angefallenen Kosten aus dem Haushalt des Umweltamtes in Gänze zu finanzieren. Von einer weiteren Finanzierung des Projektes wird Abstand genommen, sofern nicht alternative Fördermittel in mindestens gleicher Höhe generiert werden können.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15

Regelungen zum Auslagenersatz gem. § 14 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9173/2020-2025

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 14 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld folgenden Auslagenersatz:

1. **Nutzung einer kostenpflichtigen Dauerparkkarte für die Tiefgarage im Neuen Rathaus:**
Für Parkkarten mit einer Nutzungsmöglichkeit von montags bis freitags haben Ratsmitglieder einen Eigenanteil in Höhe von mtl. 20 Euro und bei einer Nutzungsmöglichkeit von montags bis sonntags einen Eigenanteil in Höhe von mtl. 25 Euro zu leisten.
2. **Selbstbeschafftes ÖPNV-Ticket:**
Jeder Berechtigte erhält einen monatlichen Zuschuss von 26 Euro.
3. **Vergünstigte Ausfahrtickets für die Tiefgarage im Neuen Rathaus:**
Berechtigte können gegen Zahlung von einem Euro ein vergünstigtes Ausfahrticket erwerben.
4. **Teilnahme an der papierarmen Gremienarbeit:**
Die bisherige Regelung, Zuschusszahlung von max. 400 Euro über 3 Jahre für die Beschaffung eines digitalen Endgerätes an Berechtigte, wird bis 31.10.2025 (Ende der Wahlperiode 2020-2025) befristet. Bei vorzeitiger Beendigung der Mandatstätigkeit wird der einmalige Zuschuss taggenau abgerechnet.

Ab 01.11.2025 (Beginn der Wahlperiode 2025-2030) erhalten Berechtigte, beim erklärten Verzicht auf gedruckte Sitzungsunterlagen, einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 10 Euro.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 16

Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2025/26; hier: Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9222/2020-2025

Auf die im Gremium gestellten Fragen von Frau Krüger, Frau Brockerhoff, Frau Rosenbohm und Herr Schwarz antwortet Herr Kunert, dass die geringen Anmeldezahlen an der Hellingskamp Grundschule zum einen durch die Präferenz der Eltern erklärbar seien und zum anderen dadurch, dass durch den Neubau anstatt einer bisherigen Zweizügigkeit nun eine Dreizügigkeit zur Verfügung stehe. Er gehe davon aus, dass sich die Zahlen in der Zukunft ändern würden. Aber einen genauen Grund könne er derzeit nicht anführen.

Weiterhin führt er aus, dass die in der Vorlage vorgeschlagene Zugreduzierung der Osningschule für dieses Jahr darauf abziele, der Sieker Grundschule die Möglichkeit zu geben, mehr Anmeldungen zu erhalten. Ferner weist er darauf hin, dass die Osningschule allerdings nicht im Bezirk Mitte liege und deshalb nicht Abstimmungsgegenstand sei.

Zur Frage nach den Anmeldeüberhängen in fünf Grundschulen in Mitte führt Herr Kunert aus, dass sich zum einen die Zahlen im Verlauf des Anmeldeverfahrens noch ändern würden.

Das Ablehnungsverfahren an sich werde nach bestimmten Kriterien durch die Schulleitung entschieden, zum Beispiel Geschwisterkinder etc.

Auf Nachfrage von Frau Heckerroth, warum an der Stapenhorstschule so viele Ablehnungen stattfinden sollen, erklärt Herr Kunert, dass man seitens der Schulleitung im Vorfeld versuche mit den Eltern zu sprechen und diese dahingehend zu beraten, dass sie sich auch nach möglichen anderen Schulen erkundigen. Die Stapenhorstschule könne sonst nicht mit den entsprechenden Anmeldungen umgehen.

Im Anschluss bittet Frau Brockerhoff darum, dass eine aktuelle Liste der Anmeldung vorgelegt und zukünftig besser darauf geachtet werde, wie die Anmelde- und Ablehnungsverfahren durchgeführt würden.

Frau Brockerhoff und Herr Schwarz bitten darum, dass der im Schul- und Sportausschuss gestellte Antrag zur Osningschule von der Bezirksvertretung Mitte mitbeschlossen werde.

Nach Diskussion im Gremium und dem Hinweis, dass die Bezirksvertretung Mitte nicht einem Antrag folge könne, der sich auf eine Schule beziehe die nicht im Bezirk liege, schlägt Frau Rosenbohm folgenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vor, über den wie folgt abgestimmt wird:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Lösung zu finden die Sieker Grundschule zu füllen, ohne an anderen Schulen die Zügigkeit zu beschneiden.

- einstimmig beschlossen -

Im Anschluss lässt Herr Suchla über die Vorlage samt der oben beschlossenen Ergänzung abstimmen.

Beschluss:

1. Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden für das Schuljahr 2025/26 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Anlage 1 inkl. Mehr-/Minderklassen - vorbehaltlich positiver Ergebnisse der Anhörungen der jeweils zuständigen Bezirksvertretungen sowie der jeweiligen Schulkonferenzen - festgelegt.
2. Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen sowie die Bezirksvertretungen sind anzuhören.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies im weiteren Verfahren erfordern wird.
4. Die Verwaltung wird gebeten, eine Lösung zu finden die Sieker Grundschule zu füllen, ohne an anderen Schulen die Zügigkeit zu beschneiden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 17 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 17.1 Stellungnahme zum Antrag Fahrradbügel Teutoburger Straße Zugang zur Endhaltestelle „Dürkopp Tor 6“ (Antrag der Fraktion Die Linke vom 17.10.2024)

Herr Lewald teilt mit, dass nach politischem Beschluss die Fahrradbügel installiert werden können.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

[...] Nichtöffentliche Sitzung

Suchla
Bezirksbürgermeister

Gabriel
Schriftführung